

Rheinland-Pfalz: Mietenexplosion

Hintergrund

Bundesweit steigen insbesondere in den großen Städten die Mieten. Eine Anfrage von Katrin Werner (MdB DIE LINKE) an die Bundesregierung zeigt nun, dass auch in Rheinland-Pfalz sowohl in den Landkreisen als auch in den kreisfreien Städten die Mieten in den vergangenen zehn Jahren teils massiv gestiegen sind.

Zugleich ist die Zahl der Sozialwohnungen seit Jahren rückläufig. 2019 ging ihre Zahl um 2337 gegenüber dem Vorjahr zurück. Wohnen wird damit für immer mehr Haushalte eine immer größere finanzielle Belastung. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware.

Ergebnisse

Kreisfreie Städte

- Die teuersten Angebotsmieten nettokalt pro m² in den kreisfreien Städten im Jahr 2020 finden sich in Mainz (11,87 €), Ludwigshafen (8,97 €) und Trier (8,93 €).
- Die größten Steigerungen der Angebotsmieten in den Jahren 2010-2020 fanden in Koblenz (+ 58%) Ludwigshafen (+ 48,8%), Speyer (43,6%) und Frankenthal (43,6%) statt.

Landkreise

- Die teuersten Angebotsmieten nettokalt pro m² in den Landkreisen im Jahr 2020 finden sich in Mainz-Bingen (9,32 €), Rhein-Pfalz-Kreis (8,92 €) und Germersheim (8,85 €).
- Die größten Steigerungen der Angebotsmieten in den Jahren 2010-2020 fanden in Ahrweiler (+ 55,3%) Westerwaldkreis (+ 50,52%) und Mainz-Bingen (+ 49,84%) statt.
- Die geringsten Steigerungen der Angebotsmieten fanden im Rhein-Lahn-Kreis statt. Doch auch hier stiegen die Mieten in den letzten zehn Jahren um 29,4 %.

Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der LINKEN

„Die Mieten sind in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz rasant gestiegen und haben sich von der Einkommensentwicklung vollkommen abgekoppelt. Das betrifft nicht nur die Städte, sondern auch deren Umland. Bund und Land müssen endlich aktiv werden und die Mietexplosion zu stoppen sowie für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Dazu ist es notwendig einen bundesweiten Mietendeckel für kommunal angespannte Wohnungsmärkte zu schaffen. Außerdem brauchen wir endlich mehr sozialen Wohnungsbau. Über Jahre hinweg wurde kaum etwas getan. Durch die hohen Mieten und den Mangel an Sozialwohnungen werden Menschen mit geringem Einkommen verdrängt. Hier besteht großer Handlungsbedarf. Zudem müssen die Wohnungen deutlich länger in der Mietpreisbindung verbleiben. Wohnen ist ein Grundrecht. Ohne Mietendeckel und engagierten sozialen Wohnungsbau wird es aber zunehmend zum Luxus, den sich viele nicht mehr leisten können. Das darf nicht sein.“

„Das Bundesverfassungsgericht hat zwar den Mietendeckel im Land Berlin gekippt, doch es hat lediglich entschieden, dass die Länder für eine solche Gesetzgebung nicht zuständig sind. Deshalb muss die Bundesregierung nun aktiv werden und einen bundesweiten Mietendeckel für angespannte Wohnungsmärkte schaffen. Die bestehenden bundesgesetzlichen Regelungen, die die Preisentwicklung bremsen sollen, sind viel zu löchrig und offensichtlich wirkungslos.“